



Aktuelles – Actualité – Attualità

Die Rubrik «Aktuelles – Actualité – Attualità» soll die Leserinnen und Leser in übersichtlicher und konziser Form auf aktuelle Meldungen und neue Veröffentlichungen mit Föderalismusbezug hinweisen sowie auf aktuelle föderalismusrelevante Entwicklungen im Gesetzgebungsprozess oder in der Rechtsprechung verweisen. Es handelt sich dabei um eine punktuelle Betrachtung der neusten Geschehnisse und Veröffentlichungen, ohne dass dabei ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Weitere Hinweise, insbesondere auf Studien und Forschungsergebnisse, nehmen wir gerne [per Mail](#) entgegen.

La rubrique « Aktuelles – Actualité – Attualità » entend signaler à ses lecteurs et à ses lectrices, sous une forme claire et concise, les nouvelles publications relatives au fédéralisme, mais également les derniers développements touchant le fédéralisme dans la législation ou la jurisprudence. Il s'agit ici d'une prise en compte ponctuelle des événements et des publications les plus récents, sans pour autant prétendre à l'exhaustivité. Pour enrichir notre prestation, nous recevons volontiers des [courriels](#) mentionnant des études en cours ou les conclusions de travaux de recherches qui viennent de s'achever.

La rubrica «Aktuelles – Actualité – Attualità» indica alle lettrici e ai lettori le notizie attuali e le nuove pubblicazioni riguardanti il federalismo. Ne segnala inoltre le tendenze rilevanti nella legislazione o giurisprudenza. Si tratta di un'osservazione episodica degli eventi recenti e pubblicazioni senza pretesa di essere esaustiva. Accettiamo volentieri [per e-mail](#) ulteriori indicazioni, in particolare riguardanti studi e risultati di ricerca scientifica.

Inhalt – Sommaire – Elenco

Aktuelles – Actualité – Attualità1

I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione.....3

1. Beschlossene Änderungen3
2. Vernehmlassungsvorlagen4

II. Meldungen – Annonces – Notizie.....5

1. Territoriale Struktur und Regionen5
2. Politisches System und politische Rechte5
3. Migration6
4. Öffentliche Sicherheit7
5. Öffentliche Finanzen8
6. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr9
7. Gesundheit – Umwelt – Soziales9
8. Wirtschaft10
9. Föderalismus und Aussenpolitik11

I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione

1. Beschlossene Änderungen

nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Änderung
28.06.2023 (01.08.2024) Bundesrat 	Bereits 2023 hat der Bundesrat zusammen mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren eine neue Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der gymnasialen Maturität vereinbart. Die Vereinbarung soll eine bundesweit einheitliche Regelung der Anerkennung von gymnasialen Maturitätszeugnissen gewährleisten. Sie wird am 1. August 2024 in Kraft treten. <i>Verwaltungsvereinbarung zwischen der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren über die Zusammenarbeit im Bereich der gymnasialen Maturität vom 28. Juni 2023 (AS 2023 378; SR 413.18)</i>
21.02.2024 Bundesrat 	Die Referendumsfrist betreffend die von der Bundesversammlung am 29. September 2023 beschlossene Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik ist am 18. Januar 2024 ungenutzt abgelaufen. Der Bundesrat hat am 21. Februar 2024 die Änderung per 1. April 2024 in Kraft gesetzt. Damit kann der Bund neu nebst zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen auch A-Fonds-perdu-Beiträge zur Finanzierung kleiner Infrastrukturprojekte gewähren. <i>Bundesgesetz über die Regionalpolitik, Änderung vom 29. September 2023 (AS 2024 86)</i> <i>Verordnung über die Regionalpolitik (VRP), Änderung vom 21. Februar 2024 (AS 2024 102)</i> <i>Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik vom 22. Februar 2023 (BBI 2023 664)</i>
14.03.2024 Parlament 	Am 28. Februar und 14. März 2024 haben jeweils beide Parlamentskammern des Bundes die Gewährleistung der Änderungen der Verfassungen der Kantone BE, NW und BS beschlossen. <i>Bundesbeschluss über die Gewährleistung der geänderten Verfassungen der Kantone Bern, Nidwalden und Basel-Stadt vom 14. August 2024 (BBI 2024 665)</i> <i>Botschaft des Bundesrates zur Gewährleistung der geänderten Verfassungen der Kantone Bern, Nidwalden und Basel-Stadt vom 8. November 2023 (BBI 2023 2671)</i>
15.03.2024 Bundesrat 	Die Referendumsfrist zum Erlass über das am 29. September 2023 beschlossene Unternehmensentlastungsgesetz ist am 18. Januar 2024 ungenutzt abgelaufen. Der Bundesrat hat den Erlass am 15. März 2024 per 1. April 2024 in Kraft gesetzt; die Art. 1-8, 21 und 22 Abs. 3 treten erst per 1. Oktober 2024 in Kraft und das Inkrafttreten von Art. 11 wird zu einem noch späteren Zeitpunkt erfolgen. <i>Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz, UEG) vom 29. September 2023 (AS 2024 118)</i> <i>Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz, UEG) vom 29. September 2023 (SR 930.31)</i> <i>Botschaft zum Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten vom 9. Dezember 2022 (BBI 2023 166)</i>

<p>02.05.2024 Bundesrat</p> 	<p>In Umsetzung der Motion 17.3857 ABATE «Kantone mit Ausreisezentren an der Grenze finanziell unterstützen» hat der Bundesrat die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, damit diejenigen Kantone, welche für formlos weggewiesene Ausländerinnen und Ausländer temporäre Unterkünfte betreiben, finanziell unterstützt werden können. Die Änderung ist am 1. Juni 2024 in Kraft getreten.</p> <p>Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG) (Finanzielle Unterstützung von Kantonen mit Ausreisezentren an der Grenze) vom 16. Dezember 2022 (AS 2024 186)</p> <p>Botschaft zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Finanzielle Unterstützung von Kantonen mit Ausreisezentren an der Grenze) vom 18. Mai 2022 (BBl 2022 1312)</p>
---	--

2. Vernehmlassungsvorlagen

nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data

Frist und Zuständigkeit	Gegenstand
<p>01.05.2024 Bundesrat</p> 	<p>Am 1. Mai 2024 wurden die Vernehmlassungen zur Motion 20.4738 ETTLIN «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen» und zur Motion 21.3599 der WAK-N «Transparenz über die finanziellen Mitteln paritätischer Kommissionen» abgeschlossen. Im Zuge der Motion ETTLIN soll der generelle Vorrang von bundesweit für allgemeinverbindlich erklärten GAV-Bestimmungen bezüglich eines Mindestlohns gegenüber entsprechenden kantonalrechtlichen Regelungen eingeführt werden. Am 24. Januar 2024 hat der Bundesrat dem Parlament hierfür eine Änderung des AVEG zur Umsetzung der Motion vorgeschlagen. Nunmehr wird der Ergebnisbericht abgewartet.</p> <p>Vernehmlassung 2023/60</p> <p>Vernehmlassungsvorlage</p> <p>Medienmitteilung</p>

II. Meldungen – Annonces – Notizie

In diesem Kapitel werden föderalismusrelevante Meldungen aus den Medien oder der Politik, von interkantonalen Konferenzen sowie des Bundesrats nach Sachbereichen aufgelistet.

Die Reihenfolge der Sachbereiche orientiert sich an der systematischen Rechtssammlung des Bundes.

1. Territoriale Struktur und Regionen

Datum und Quelle	Inhalt
05.03.2024 SRF	Die meisten Kantone haben in den letzten sechzig Jahren ihre Kantonsverfassung totalrevidiert. Die Verfassungen der Kantone AI, VS und ZG wiederum sind aber bereits seit über hundert Jahren in Kraft . Die Walliser Stimmbevölkerung hat nun einen Entwurf für eine neue Verfassung deutlich abgelehnt. Der Politologe SEAN MÜLLER sieht den in gewissen Kantonen vorherrschenden Konservatismus dafür verantwortlich. Die Mehrheit der Bevölkerung sei bei der Abstimmung im VS unzufrieden mit dem Verfassungsentwurf gewesen. <i>SRF, Wer hat die älteste Verfassung im Land? Nein, nicht das Wallis</i>

2. Politisches System und politische Rechte

Datum und Quelle	Inhalt
26.01.2024 NZZ	Das Subsidiaritätsprinzip ist immer noch stark im politischen Alltag verankert, doch es leidet vermehrt unter einem schlechten Ruf , sagt DAVID BINER, Historiker und Journalist. Die Verwaltung sei in der Zeit nach der Pandemie dazu übergegangen, vermehrt zentralistisch zu werden. « <i>Gefahrpotenzial</i> » habe dabei eine bestehende Passivität der Staats- und Regierungsräte. Kantone würden sich vermehrt hinter dem Bund verstecken und passiv bleiben. Neue Projekte wie der Verhandlungsentwurf des Bundesrates zu einem angestrebten Vertragswerk mit der EU könnten den Einfluss der Kantone weiter schwinden lassen. <i>NZZ, Zwischen Bitsch und Brüssel: Die Kantone schweben in der Belanglosigkeit</i>
11.02.2024 NZZ	Die Schweiz befindet sich in Vertragsverhandlungen mit der EU für das Vertragswerk der Bilateralen III . Im Hinblick auf eine künftige Abstimmung gehen die Meinungen auseinander: Laut ASTRID EPINEY, renommierte Europarechtlerin, braucht es kein Ständemehr , sondern « nur » die Zustimmung des Volkes . Nach der Bundesverfassung braucht es Letzteres nur für den Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften. Auch wenn der damalige EWR-Vertrag von 1992 freiwillig Volk und Ständen vorgelegt wurde,

	<p>könne man den EWR-Beitritt nicht mit den Bilateralen III vergleichen. Das damalige Vertragswerk sei einem Beitritt zu einer supranationalen Organisation gleichgekommen.</p> <p>NZZ, «Die Frage nach dem Ständemehr erübrigt sich»</p>
<p>16.03.2024</p> <p>NZZ</p>	<p>Die Initiative für eine 13. AHV-Rente wurde in der lateinischen Schweiz deutlich angenommen. Ein Blick auf die Resultate in den Gemeinden zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen. In der Deutschschweiz wurde die Initiative in 47% aller Gemeinden von der Mehrheit abgelehnt, in der lateinischen Schweiz hingegen nur in – insgesamt – zwei Gemeinden. In der lateinischen Schweiz lag der Ja-Anteil bei 74,5%, in der Deutschschweiz bei 52,2%. Anders als sonst bei früheren Abstimmungen stellte sich bei der Abstimmung zur 13. AHV-Initiative kein Stadt-Land-Graben heraus.</p> <p>NZZ, Der lateinisch-deutsche Graben</p>
<p>19.03.2024</p> <p>NZZ</p>	<p>In keinem anderen Kanton wird über so viele Vorlagen abgestimmt wie in GE. Insbesondere die Anzahl Initiativen und fakultativer Referenden haben in den letzten Jahren stark zugenommen. In GE brauchen die Parteien einen Wähleranteil von 7%, um im Parlament vertreten zu sein. In vielen Fällen bleibt Oppositionskräften nur der Weg über das Referendum oder eine Initiative, um sich politisch Gehör zu verschaffen. Die Abstimmungsflut hat allerdings nicht zu einer höheren Stimmbeteiligung geführt, im Gegenteil: GE weist oft eine der tiefsten – wenn nicht die tiefste – Stimmbeteiligung aller Kantone auf.</p> <p>NZZ, Schweizer Rekord: Warum Genf «über alles und seine Grossmutter abstimmt»</p>
<p>22.03.2024</p> <p>ARCINFO</p>	<p>Même si la Suisse compte 2131 communes, leur existence n'est pas garantie par le droit fédéral. L'existence des communes dépend du bon-vouloir des cantons. Pour rappel, l'art. 50 Cst. mentionne l'autonomie communale, mais ne garantit pas leur existence. MARLÈNE COLLETTE, avocate et directrice académique à l'institut du fédéralisme à l'Université de Fribourg souligne le fait, que les communes se retrouvent dans un monde où les enjeux et les tâches publiques deviennent de plus en plus complexes, les communes resteraient néanmoins importantes pour maintenir une relation de proximité avec les citoyens.</p> <p>Arcinfo, « Les communes ont-elles encore leur place dans le mille-feuille fédéral helvétique? »</p>

3. Migration

Datum und Quelle	Inhalt
<p>22.02.2024</p> <p></p>	<p>NE menace de fermer son centre fédéral d'asile (CFA) à Boudry en raison de la surpopulation et des problèmes de sécurité. Cela met de la pression sur les autres cantons de la Romandie, puisque la structure sert de lieu de premier accueil pour la région. Certains politiciens appellent à des réformes structurelles et à une augmentation des ressources. La problématique soulève des questions sur le fédéralisme suisse, en particulier sur les responsabilités cantonales et fédérales.</p> <p>Tribune de Genève, Le ras-le-bol de Neuchâtel sur l'asile alerte Genève et Vaud</p>

4. Öffentliche Sicherheit

Datum und Quelle	Inhalt
02.02.2024 	<p>2021 fand im Kanton ZH eine Volksabstimmung statt, in welcher sich das Stimmvolk für die Nennung der Herkunft von Tätern in Polizeimeldungen ausgesprochen hatte. Das BGer kam in einem Urteil jedoch zum Schluss, dass im Rahmen solcher Meldungen zu [<i>in Feststellung oder Aufklärung befindlichen</i>] Straftaten allein die StPO massgebend ist und diese keine Verpflichtung zur Nennung der Nationalität enthält. Die Stadtpolizei Zürich blieb seiner anderweitigen Praxis dennoch treu und listete die Nationalität der Tatverdächtigen weiterhin auf. Laut SERAP KAHRIMAN, GLP-Gemeinderätin, ist dieses Vorgehen «<i>durch die Hintertür</i>» höchst problematisch. Auch der Zürcher Stadtrat ist nicht von der Anpassung informiert worden.</p> <p>NZZ, Herkunft von Tätern in Polizeimeldungen: Wie der Kanton die linke Stadt Zürich mit einem Doppelstrich überlistet hat.</p>
08.02.2024 	<p>Bund und Kantone wollen Polizeidaten effizienter austauschen. ADRIAN LOBSIGER, Datenschutzbeauftragter des Bundes, übt Kritik und warnt vor einer nationalen Polizeidatenbank. Eine zentrale Datenbank, worin selbst Bagatelldelikte gespeichert werden sollen, sei unverhältnismässig, widerspreche dem Föderalismus und verstosse gegen den verfassungsmässig verankerten Grundsatz der kantonalen Polizeihöhe. Statt einer Zentralisierung oder Verknüpfung der Polizeidatenbanken sollte seiner Ansicht nach die Digitalisierung der Amtshilfe vorangetrieben werden. Ausserdem kritisiert er die unübersichtliche Rechtslage auf Bundesebene: Der Bund sollte wie jeder Kanton ein «<i>verständliches Polizeigesetz</i>» schaffen.</p> <p>NZZ, Datenschützer warnt vor der geplanten nationalen Polizeidatenbank für Bagatelldelikte: «Das sind Rezepte autoritärer Regenten!»</p>
11.04.2024 	<p>Aus dem von Bundesanwalt STEFAN BLÄTTLER vorgestellten Tätigkeitsbericht 2023 der Bundesanwaltschaft geht hervor, dass die Verfahren im Bereich Terrorismus im Vergleich zum Vorjahr um 50% zugenommen haben. Dabei werden die mutmasslichen Täter immer jünger. Minderjährige fallen dann unter das «<i>kantonale Jugendstrafrecht (...), welches es auf eidgenössischer Eben [sic!] nicht gibt</i>». Laut BLÄTTLER stellt sich die Frage, ob die auf Resozialisierung und Reintegration ausgerichteten Jugendstaatsanwaltschaften bei diesem komplexen Fragen noch die richtigen Behörden sind. Zur Diskussion steht die Schaffung einer Sonderbehörde auf Bundesebene.</p> <p>SRF, Bundesanwaltschaft verzeichnet Höchststand bei Terrorverfahren</p>
21.05.2024 	<p>KARIN KAYSER-FRUTSCHI, Co-Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), warnt vor der zunehmenden Bedrohung durch die organisierte Kriminalität. Ein Hauptproblem bei der Aufdeckung krimineller Strukturen sei der mangelhafte Informationsaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Dafür fehle zurzeit in vielen Fällen die rechtliche Grundlage. Als mögliche Lösungsvorschläge werden die Schaffung eines neuen Bundesgesetzes, ein interkantonales Konkordat, eine Verfassungsänderung oder die Revision der kantonalen Polizeigesetze diskutiert.</p> <p>Aargauer Zeitung, Oberste Polizeidirektorin warnt vor Clans: «Ländliche Gegenden werden nicht mehr verschont, ganz im Gegenteil»</p>

5. Öffentliche Finanzen

Datum und Quelle	Inhalt
10.03.2024 	<p>Le Grand Conseil bernois a récemment approuvé une motion visant à rendre facultatif l'impôt ecclésiastique pour les personnes morales. THIERRY OBRIST, professeur de droit fiscal à l'Université de Neuchâtel, explique que les personnes morales – contrairement aux personnes physiques – ne peuvent pas invoquer la liberté religieuse pour se soustraire à cet impôt. En revanche, la loi fédérale sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID) ne règle pas la question de l'impôt ecclésiastique. Les cantons sont donc libres de faire ce qu'ils veulent dans ce domaine.</p> <p>Le Temps, Impôts ecclésiastiques : « Les cantons sont libres de faire ce qu'ils veulent »</p>
16.03.2024 NZZ	<p>Über die Jahre hinweg hat sich die Rolle der Kantone im Rahmen des Finanzausgleiches verändert. Der Artikel beleuchtet, wie sich die Einnahmen oder Ausgaben im Laufe der Zeit verändert haben und welche Kantone neu von Nehmer- zu Geberkantonen geworden sind. Im Rahmen der Finanzausgleichsreform 2020 sei der Bund gezwungen gewesen, sich diese zu <i>«erkaufen»</i>. Der ausgehandelte Deal, der bis 2025 läuft, sieht Ausgleichszahlungen von CHF 80-200 Mio. für die Nehmerkantone vor. Der Bundesrat möchte diesen Deal jedoch nicht erweitern, da er die bestehende Situation als stabil genug erachtet.</p> <p>NZZ, Die Milliardenmaschine läuft und läuft</p>
21.03.2024 	<p>Le professeur SERGIO ROSSI, directeur de la Chaire de macroéconomie et d'économie monétaire à l'Université de Fribourg, examine le système de la péréquation financière entre les cantons. Selon lui, la concurrence fiscale peut nuire à la cohésion nationale en aggravant les disparités économiques entre les cantons. En outre, il propose que les excédents budgétaires des cantons soient réinvestis dans des politiques publiques cantonales, plutôt que de réduire les impôts.</p> <p>Le Temps, Concurrence fiscale : « On est passé d'un fédéralisme collaboratif à un fédéralisme compétitif »</p>
24.05.2024 NZZ	<p>Im Frühling 2023 hiess der Nationalrat eine Subventionsvorlage gut, wonach der Bund für jedes Kind ab Geburt bis zum Ende der Primarschule 20% der Kosten für die Krippe oder Tagesschule übernehmen soll. Dies hätte jährliche Kosten von mehreren hundert Millionen Franken verursacht. Angesichts der knappen Finanzen des Bundes hat die zuständige Ständeratskommission (WBK-S) nun einen neuen Vorschlag gemacht: Die Arbeitgeber sollen stärker in die Pflicht genommen werden. Sie sollen für jedes Kind eine Betreuungszulage von bis zu CHF 500.00 pro Monat bezahlen. Diese Pflicht soll in das Familienzulagengesetz aufgenommen werden. Die Lösung der WBK-S ist schlanker als der Vorschlag des Nationalrats. Billig ist sie allerdings nicht: Im ersten Jahr der Einführung soll die Betreuungszulage CHF 640 Mio. kosten.</p> <p>NZZ, Neues Kita-Gesetz: Die Wirtschaft soll bezahlen</p>

6. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Datum und Quelle	Inhalt
06.03.2024 ST. GALLER TAGBLATT	<p>Zahlreiche Städte sind bestrebt, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf ihren Strassen einzuführen. Das Bundesparlament möchte nun gegen «<i>das Ausbreiten</i>» von Tempo-30-Zonen vorgehen. Sowohl der National- als auch der Ständerat haben eine Motion [22.4513 SCHILLIGER] angenommen, wonach auf Hauptstrassen generell Tempo 50 gelten soll. Für die Befürworter steht fest: Tempo 30 behindert den Verkehrsfluss, verlängert die Lieferzeiten und entleert die Innenstädte. Die Gegner sehen in der Motion einen Angriff auf den Föderalismus und die Souveränität der Gemeinden. In einem nächsten Schritt wird der Bundesrat einen entsprechende Gesetzesentwurf erarbeiten.</p> <p>St. Galler Tagblatt, Tempo 30: Das Parlament will den Städten Geschwindigkeitsbegrenzungen verbieten</p>

7. Gesundheit – Umwelt – Soziales

Datum und Quelle	Inhalt
16.04.2024 NZZ	<p>Die Prämien-Entlastungs-Initiative fordert, dass Bund und Kantone mehrere Milliarden Franken pro Jahr aufwenden, damit kein Haushalt mehr als 10% seines Einkommens für die Krankenkassenprämien bezahlen muss. Im Jahr 2021 wurde das Schweizer Gesundheitswesen zu 36% durch die obligatorischen Krankenkassenprämien finanziert. Bereits heute wende der Staat viel Geld auf: Die Kantone finanzieren Spitäler, Bund und Kantone gewähren Prämienverbilligungen aus Steuermitteln. Somit verteile das Gesundheitssystem schon jetzt stark von reicheren zu ärmeren Haushalten um. Je nach Kanton wenden einkommensschwache Haushalte einen unterschiedlich hohen Anteil ihres Einkommens für Prämienzahlungen auf. Der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament möchte «<i>säumige</i>» Kantone verpflichten, mehr Geld für die Entlastung einkommensschwacher Haushalte einzusetzen.</p> <p>NZZ, Die Klage über die Prämienlast ist übertrieben – eine Übersicht in Grafiken</p>
23.04.2024 NZZ	<p>Die Spitaldirektoren warnen vor einem finanziellen Kollaps. Viele Spitäler haben überrissene Investitionspläne, sagen Experten. Sparen liesse sich laut Ökonom STEFAN FELDER vor allem, «<i>wenn ganze Spitäler geschlossen würden</i>». Die Patienten gewisser Spitäler könnten auch in anderen Einrichtungen mit genügend Kapazitäten eine angemessene Behandlung erhalten. Ausserdem werde der Wettbewerb zwischen den Spitälern durch unterschiedlich hohe Hilfen der Kantone verzerrt. Die Kantone hätten ein Interesse daran, das Überleben der eigenen Spitäler um jeden Preis zu sichern. Statt die Krankenhäuser zunehmend aufzurüsten, wird vorgeschlagen, die Zahl der Universitätsspitäler zu reduzieren und spezialisierte Abteilungen zu zentralisieren.</p> <p>NZZ, Spitalkrise in der Schweiz: Die Schliessung von zehn Krankenhäuser wäre gut zu verkraften</p>
26.04.2024 NZZ	<p>MARCO HUWILER erklärt in seinem Gastkommentar, warum sich der Föderalismus bremsend auf eine Digitalisierung des Gesundheitswesens auswirkt. Gemäss</p>

	<p>ihm verbessert E-Health primär die Kommunikation zwischen dem Gesundheitswesen, der Forschung und Behörden. Darüber hinaus reduziere ein digitalisiertes Gesundheitswesen die Kosten und verbessere die Behandlungsqualität. Eine umfassende Umsetzung gelinge jedoch nur mit einem organisatorischen Ansatz, bei welchem alle Akteure einbezogen würden. Der Bund sollte hierfür eine tragende Rolle einnehmen.</p> <p>NZZ, Das Schweizer Gesundheitswesen muss digital werden</p>
--	---

8. Wirtschaft

Datum und Quelle	Inhalt
29.02.2024 NZZ	<p>Die Wohnungsmieten steigen in der Schweiz. Ein Grund dafür sei, dass die Nachfrage schneller steigt als das Angebot. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, dass zu wenig Wohnungen gebaut werden; zum anderen müsse beim Blick auf den Wohnungsmarkt zwischen Alt- und Neumieter unterschieden werden. Der Handlungsspielraum bei der Preisgestaltung bei Altmietern ist kleiner als bei Neumieter. Daher blieben viele Altmietern in ihrer bestehenden Wohnung, da sie sich einen Wohnungswechsel gar nicht leisten könnten. Eine Möglichkeit dieser Preiserhöhung entgegenzuwirken, könne die – bundesrechtliche – Einführung einer Formularpflicht sein, welche im Nationalrat im Zuge einer Motion [23.4237 FLACH] debattiert wurde. Zurzeit kennen sechs Kantone eine umfassende Formularpflicht (<i>BS, FR, GE, LU, ZG und ZH</i>) und zwei Kantone kennen eine Formularpflicht für gewisse Bezirke/Gemeinden (<i>NE und VD</i>). Ob die Formularpflicht einen Effekt zeitigt, ist empirisch jedoch gar nicht nachgewiesen. Die Motion wurde schliesslich im Nationalrat mit 117 Nein- zu 73 Ja-Stimmen abgelehnt.</p> <p>NZZ, Der Nationalrat will bei Mieterwechseln keine Pflicht zur Transparenz über den Preis der Vormieter – würde diese Transparenz die Mietpreise senken?</p>
05.05.2024 TagesAnzeiger	<p>Mehrere Kantonsregierungen wehren sich mit Stellungnahmen gegen den Entscheid von National- und Ständerat, kantonale Mindestlöhne in bestimmten Fällen per Bundesgesetz auszuhebeln. Die Kantone werfen der geplanten Bundesregelung vor, gegen die Bundesverfassung zu verstossen und in die Souveränität der Kantone einzugreifen. Das Schweizer Stimmvolk lehnte 2014 einen nationalen Mindestlohn deutlich ab. Seither haben allerdings verschiedene Kantone und Städte Mindestlöhne beschlossen und eingeführt.</p> <p>Tagesanzeiger, «Verfassungswidrig»: Kantone gehen gegen Mindestlohn-Verbot auf die Barrikaden</p>
14.05.2024 NZZ	<p>Es ist die ewige politische Streitfrage: Welche Kompetenzen sollen dem Bund oder den Kantonen zukommen? Die politische Linke einerseits neige eher zum Zentralismus und die Bürgerlichen andererseits neigten spiegelbildlich eher zu möglichst grossen kantonalen Kompetenzen. Gerade umgekehrt verhält es sich mit der Ende 2022 knapp angenommenen Motion 20.4738 ETTLIN, die verlangt, dass auf nationaler Ebene allgemeinverbindlich erklärte GAV-Mindestlöhne allfällig anderslautenden kantonalen Regelungen generell vorgehen sollen. Der Bundesrat schlug hierfür eine Anpassung des AVEG vor, erachtete aber gleichzeitig, dass eine solche «gegen mehrere Grundprinzipien der Schweizer Rechtsordnung» verstossen würde. In einem in Auftrag von Gastro Suisse verfassten Rechtsgutachten kam nun Prof. Dr.iur. ISABELLE HÄNER zum gegenteiligen Schluss: Es bestünden berechnete Gründe, die Einführung kantonaler Mindestlöhne als</p>

	<p>kompetenzwidrige wirtschaftspolitische Massnahme [vgl. Art. 94 Abs. 4 BV] einzustufen. Zugleich verstösst die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung ihrer Meinung nach nicht gegen Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen oder die Normenhierarchie. Der NZZ-Autor vermutet, dass für das Bundesparlament schlussendlich – bloss – politische Erwägungen und nicht verfassungsrechtliche Argumente entscheidend sein werden.</p> <p><i>NZZ, Dürfen Gesamtarbeitsverträge kantonale Mindestlöhne aushebeln? – Ein neues Rechtsgutachten sagt Ja und widerspricht damit dem Bundesrat</i></p> <p><i>HÄNER ISABELLE, Rechtsgutachten über die Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen vom 27. März 2024 (u.a. bei Gastrosuisse abrufbar)</i></p>
--	--

9. Föderalismus und Aussenpolitik

Datum und Quelle	Inhalt
31.01.2024 	<p>CHRISTOPH MÖRGELI kritisiert die Haltung der Kantonsregierungen gegenüber einem möglichen Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU. Die grundsätzliche Bereitschaft der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), einer dynamischen Rechtsübernahme von EU-Recht zuzustimmen, sei nicht im Interesse der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Gleiches gelte für die vorgesehene Regelung von Streitigkeiten, im Rahmen dessen dem Europäischen Gerichtshof die Aufgabe zukomme, eine kohärente Auslegung des EU-Rechts sicherzustellen. Die KdK scheine damit ihre eigenen Kompetenzen nach Brüssel delegieren zu wollen. Zudem gefährde die Zustimmung der KdK zu den EU-Staatsbeihilferegeln die Kantonalbanken und Kraftwerke.</p> <p><i>Die Weltwoche, Selbstentmachtung der Kantone</i></p>
01.03.2024 	<p>Mit dem Abschluss des Rahmenabkommens sollen unter anderem Handelshemmnisse zwischen der EU und der Schweiz entschärft werden. Gleichzeitig würde mit dem Abschluss eine dynamische Rechtsübernahme eingeführt werden. Gemäss dieser müssen Bestimmungen des genannten Abkommens sowie EU-Rechtsakte, wenn ihre Anwendung EU-Rechtsbegriffe voraussetzt, mit der Rechtsprechung des EuGH in Einklang gebracht werden. Bei Nichteinhaltung würde es zu Strafmassnahmen seitens der EU kommen. CHRISTIAN HUBER, ehemaliger SVP-Regierungsrat, steht dem Ganzen skeptisch gegenüber: Nach ihm kommt das einem Blankocheck für die Übernahme noch nicht absehbarer Änderungen des Rahmenabkommens gleich. Die Souveränität der Kantone sei dadurch eingeschränkt und der Ständerat würde an Bedeutung verlieren.</p> <p><i>Zuger Zeitung, Wozu braucht es noch Kantone? (Print-Ausgabe)</i></p>
23.03.2024 NZZ	<p>Die Frage, ob es bei einer bevorstehenden Volksabstimmung über das EU-Abkommen ein Ständemehr braucht, wird unter Juristen und Politikern kontrovers diskutiert. Nach Ansicht von ADRIAN VATTER, Professor für Schweizer Politik an der Universität Bern, und RAHEL FREIBURGHANUS gefährdet diese zusätzliche Hürde eine geregelte Beziehung zur EU. Das Ständemehr stelle einen einseitigen Minderheitenschutz dar, welcher die Bevölkerung grösserer Kantone sowie jene der lateinischen Schweiz diskriminiere. Politische Kampagnen würden sich heute oft auf auserlesene <i>«Fokus-Kantone»</i> konzentrieren mit dem Ziel, missliebige Vorlagen zu kippen. Eine solche Instrumentalisierung des Föderalismus heble demokratische Mehrheiten aus und hemme Reformen.</p> <p><i>NZZ, Das Ständemehr als heiliger Gral des Föderalismus</i></p>